



**Pressemitteilung der Union
Luxembourgeoise des
Consommateurs**



(Lëtzebuenger Konsumenteschutz)

**Die ULC zur Verödung der Ortschaften durch
die Banken und die Post.**

Nachdem Anfangs des Jahres die staatliche Sparkasse die Schließung von 11 Filialen angekündigt hatte, gab nun vergangene Woche ebenfalls die BGL BNP PARIBAS die definitive Schließung von 7 Zweigstellen bekannt. In diesem Zusammenhang seien ebenfalls die zahlreichen Schließungen bei der Post in Erinnerung gerufen.

Die ULC verurteilt diese unsoziale Vorgehensweise der Banken und der Post aufs Schärfste, sind doch tausende Menschen, vor allem ältere und vulnerable Kunden von diesen Maßnahmen betroffen. Die ULC ist sich natürlich voll und ganz bewusst, dass immer mehr Kunden auf das Onlinebanking zurückgreifen, aber es gibt noch sehr viele Menschen, die aus welchen Gründen auch immer ihre Tagesgeschäfte am Schalter einer Filiale abwickeln wollen beziehungsweise müssen.

Leider wird aber in den Chefetagen der Banken nur nach der Kosten Nutzen- Rechnung gehandelt, während die Interessen der Kunden hintenanstehen. Dass die Banken auch eine soziale Aufgabe und Verpflichtung zu erfüllen haben, darauf kommen diese eiskalt rechnenden Manager nicht. Bestünde denn heute noch z.B. die BGL BNP PARIBAS ohne die Rettung durch Steuerzahler während der Jahreswende 2008-2009?

Weiter tragen die Schließungen der Bank- und Postfilialen ebenfalls zur Verödung der Ortschaften bei. Nicht nur, dass sich die Kunden anderwärtig umsehen und oft kilometerweit bis zur nächsten Zweigstelle fahren müssen, auch leidet zunehmend der Kleinhandel in den Ortschaften darunter. Denn mit der Schließung der Bank- und Postfilialen bleiben ebenfalls die Kunden aus.

Leider wurde auch der zuständige Finanzminister, wie bei den oftmals horrenden Bankgebühren, ebenfalls bei der Schließung der Zweigstellen seiner Aufgabe nicht gerecht. Nicht mal die europäische Direktive, die eine kundenfreundlichere Politik vorsieht, wurde in die nationale Gesetzgebung umgesetzt. Der Finanzminister will den Banken und der Post nichts vorschreiben und lässt ihnen lieber freien Lauf, zum Nachteil der Kunden.

Darum fordert die ULC den Finanzminister und die Regierung auf, vor allem bei der dem Staat zu 100% gehörenden Sparkasse sowie der Post dahingehend zu intervenieren, dass es zu keinen weiteren Schließungen von Filialen kommt. Die BGL BNP PARIBAS, die Sparkasse und Post wurden quasi zum Vorreiter einer radikalen und unsozialen Politik. Die Kaltblütigkeit und Rationalisierungswut der Bankenmanager verfolgen nur ein Ziel, soviel als nur möglichst Rendite zu erzielen, und dies oft zum Nachteil und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Kunden. Und eben dies prangert die ULC aufs heftigste an.

Mitgeteilt von der ULC am 26.10.2020